

Le cannabis, une médecine

Suite à l'autorisation du gouvernement belge de l'usage du cannabis en tant que médicament, le député socialiste Jeannot Krecké avait posé une question parlementaire concernant la position du gouvernement luxembourgeois dans ce domaine. Carlo Wagner, ministre de la Santé, vient de lui fournir une réponse intéressante: D'abord, il précise que dans de nombreux cas de maladies - par exemple les nausées post-chimio, l'anorexie ou des lésions de la moelle épinière - le cannabis a effectivement des effets thérapeutiques. Mais des études comparatives avec d'autres médicaments classiques manquent, et il n'est donc pas prouvé qu'il soit plus efficace. De plus, à dose élevée, les effets secondaires du cannabis, tels que les troubles visuels, les dépressions et les hallucinations pourraient freiner l'acceptation du traitement. Cependant: "Des médicaments à base de cannabinoïdes ne sont pas enregistrés au Luxembourg à l'heure actuelle, mais peuvent être commandés sur base d'une ordonnance individuelle rédigée par un médecin pour un patient déterminé, à titre occasionnel."

Puisqu'on y est: Avez-vous déjà signé notre pétition pour la dépénalisation du cannabis? Vous pourrez le faire par écrit (voir p. 22) ou en consultant notre site internet: www.woxx.lu

Le "racolage" selon le Conseil d'Etat

C'est par une proposition de loi que la députée PCS Ferny Nicklaus-Faber avait réagi en 1997 au phénomène grandissant de la prostitution de rue. A côté du racolage actif, qui figure déjà au code pénal, elle voulait également sanctionner le "racolage passif": aurait été puni non seulement toute personne qui aurait provoqué d'autres personnes à la débauche "par gestes, paroles, écrits", mais aussi celle "dont l'attitude sur la voie publique est de nature à provoquer la débauche". Le Conseil d'Etat ne l'a pas suivi dans cette voie: Il critiquait par exemple que non seulement les prostituées professionnelles, mais toute autre personne qui n'est pas prostituée auraient été concernées. Il reprenait d'une étude française la question "s'il y a lieu de condamner une femme, même honnête, rendue désirable par la nature ou les ressources de l'art, qui provoquera passivement et sans y donner suite, les sollicitations de ceux que son charme ne laissera pas insensible." Et puis la haute corporation retient que la proposition de loi est sans objet, puisque le texte proposé figure déjà au code pénal... quelques pages plus loin.

Personalkarussell

Auch die WOXX leistet ihren Beitrag zum Wachstum des Arbeitsmarktes in Luxemburg. Mit der Umstellung vom "Gréngespon" zur "WOXX" war im Spätsommer eine halbe Stelle geschaffen worden, um in den Bereichen Layout, Kulturkalender und Aktualisierung der neuen Homepage für Verstärkung zu sorgen. Seit einigen Monaten ist Armand Turpel unter anderem damit betraut, die WOXX-Fotos besser zur Geltung zu bringen und das allwöchentliche redaktionelle Chaos internet-gerecht aufzubereiten.

Aber auch in der Redaktion hat es einen Wechsel gegeben: Melanie Weyand ist seit Dezember freie Mitarbeiterin der WOXX, was ihr die Möglichkeit bietet, sich intensiver anderen journalistischen Sparten zu widmen. Ersetzt wurde sie Anfang Januar durch Ines Kurschat, Redakteurin und Sozialwissenschaftlerin, die nun für die WOXX unter anderem das Ressort Politik und Soziales betreut. Als garantiert BSE-freier Deutschlandimport wird die Vegetarierin auch dafür Sorge tragen, die Interpunktion in unserer Wochenzeitung progressiv in die neue deutsche Rechtschreibung zu überführen.

ASYLPOLITIK

Fingerprints

Luxemburg darf sich wieder der Niederlassung einer EU-Institution freuen: die EURODAC. Ihre Schaffung ist zwar in Sachen gemeinsamer Asylopolitik der erste, aber nicht gerade rühmliche Rechtsakt der EU.

(rw) - Wohl weil andere EU-Strukturen in Luxemburg eine nach der anderen die Koffer packen, scheint die Regierung zuzupacken, egal was sich da an neuen Institutionen bietet. Denn EURODAC ist ein System für den Vergleich von Fingerabdrücken von Asylsuchenden und illegal Einreisenden in der Union - mit dem Ziel, sie möglichst schnell wieder heimschicken zu können.

Immer weniger Flüchtlinge

In Europa geht die Zahl der Asylsuchenden zurück: Während Anfang 2000 22 Millionen Menschen auf der Flucht waren, hatten bis Ende Oktober 286.000 Menschen in EU-Staaten einen Asylantrag gestellt, 1999 waren es 345.000. Die Rekordzahl von 700.000 Asylanträgen 1992 scheint passé. Der starke Rückgang erklärt sich nicht nur durch das Ende des Jugoslawienkrieges. Er ist, wie die Flüchtlingsorganisation "Pro Asyl" vor wenigen Tagen bemerkte, ein bedenkliches Zeichen dafür, "dass die EU immer

erfolgreicher den Zugang zum Asylverfahren beschneidet".

Die Entwicklung geht insbesondere auf die Anwendung der Dubliner Konvention von 1990 zurück: Seither muss der Asylantrag im ersten EU-Ankunftsland gestellt werden - und wer dort abgelehnt wird, darf gleich abgeschoben werden, ohne sein Glück in anderen Mitgliedsstaaten probieren zu können. Damit das System noch besser funktioniert, wurde vor zwei Jahren in Tampere beschlossen, ein elektronisches System zum Vergleich von Fingerabdrücken aufzubauen.

Bestehen wird EURODAC aus einer Zentrale, in der eine riesige Datenbank verwaltet wird. 8,5 Mio. EURO lässt sich die EU-Kommission diesen Spaß kosten, plus Betriebskosten von 0,8 Mio. pro Jahr. Die Mitgliedsstaaten werden per Computer Daten über Herkunft, Geschlecht und Ort des Antrags nach Luxemburg senden, vor allem aber Fingerabdrücke von insgesamt 900.000 AsylbewerberInnen und "bestimmten anderen" AusländerInnen: Mit Letzteren sind Menschen ohne Papiere gemeint. Reguläre und Irreguläre werden so mit Methoden registriert, die sonst eher bei Verbrechen angewandt werden. In der Zentrale werden diese Daten dann miteinander verglichen. Hat die Person schon früher in

einem anderen EU-Land einen Asylantrag gestellt, hat sie schlechte Karten. Vor allem die Versuche, mit falschen Papieren in die EU einzureisen, werden so wohl noch schwieriger werden.

Vorauselender Gehorsam

Während darüber gegrübelt wurde, ob bei jeder Person zwei oder mehr Fingerabdrücke zu nehmen sind, wurden Fragen nach der Vereinbarkeit dieses Systems mit dem Recht auf Datenschutz kaum gestellt. So müssen nun bereits Vierzehnjährige sich dieser Prozedur unterziehen. Daten von AsylanträgerInnen können bis zu zehn Jahre lang gespeichert werden. Und das alles, ohne dass es in der EU eine unabhängige Stelle zur Überwachung derjenigen Aktivitäten gäbe, die Fragen des Datenschutzes aufwerfen. Europa ist also dabei, als erste asylopolitische Maßnahme seinen Repressionsapparat zu verstärken - eine Harmonisierung der Asyl- und Einreiseprozeduren ist dagegen nicht in Sicht. In Luxemburg wurden übrigens schon bei der Asylreform Anfang 2000 - in vorauselendem Gehorsam - die Bestimmungen zur Feststellung der Identität den EURODAC-Normen angepasst.

HAUSFRAUEN / MÄNNER

Lohn der Häuslichkeit

Hausfrauenlohn: Dauerbrenner oder Auslaufmodell. Sind individuelle Absicherung und Abstinenz vom Arbeitsmarkt kompatibel?

(roga) - Die schwedische EU-Präsidentschaft wurde hierzu mit einer Veranstaltung zu einem typisch skandinavischen Thema eingeläutet: "parité professionnelle, parité parentale". In Luxemburg, einem Land mit sehr niedriger Frauenerwerbsquote, wird die Diskussion um weibliche Berufstätigkeit zwar verhalten, doch hinter sich unmerklich verhärtenden Fronten geführt. Der offizielle Diskurs, der von fast allen politischen Parteien - vom reaktionären ADR einmal abgesehen - geführt wird, kann mit der Formel "Vereinbarkeit von Beruf und Familie" zusammengefasst werden.

In der Praxis sieht diese Vision der harmonischen Allvereinbarkeit natürlich nüchterner aus. Das Idealmodell - beide Partner erhalten über die Erziehungsphasen hinweg ihre berufliche Laufbahn weitgehend aufrecht, vor der Einschulung erlauben flexible Teilzeitmodelle beiden Partnern ebenbürtige Präsenzphasen zuhause, später kommen schulische Aufnahmestrukturen dazu, um etwaige Engpässe um die Mittagsstunde und an schulfreien Nachmittagen zu überbrücken - kann nur von einer Minderheit genutzt werden. Bei den meisten scheitert es nicht nur am Geld, sondern auch an der Karrierever-

liebtheit und Besenallergie von Männern sowie den "Sachzwängen" seitens der Arbeitgeber.

Um die Familien, in denen beide Partner berufstätig bleiben müssen, weil sich deren Gehälter in den unteren Kategorien bewegen und so an Teilzeitarbeit kaum zu denken ist, kümmern sich die aktiven Lobbies eher weniger. So gewinnt man den Eindruck, dass die beiden Initiativen - "Elteren mobilisieren" und "Famill 2000" - bei allem Antagonismus letztendlich vorübergehend divergierende Interessen von Mittelschichtfamilien vertreten.

Beruf und/oder Familie?

Für Väter und Mütter, die ihre berufliche Laufbahn wegen der Kindererziehung nicht über längere Zeit hinweg unterbrechen wollen oder können, bietet mittelfristig gesehen das Investitionsprogramm in Kindertagesstätten, sollte es flächendeckend realisiert werden, eine erfreuliche Perspektive. Für die AnhängerInnen der "Famill 2000"-Sicht, die die soziale aber auch pekuniäre-Hausarbeit als volkswirtschaftlich relevanten Beruf anerkannt haben will, sieht es eher schlecht aus. Wie könnten berufstätige Eltern akzeptieren, dass eine Hausfrau oder ein Hausmann ein öffentli-

ches Gehalt bezieht für Tätigkeiten, die auch von berufstätigen Eltern nach Feierabend geleistet oder an bezahlte Hilfskräfte oder Institutionen delegiert werden müssen? Und die Behauptung, dass berufstätige Eltern weniger Zeit mit ihren Kindern verbringen als nicht berufstätige, wurde kürzlich von einer CEPS-Studie widerlegt.

Schließlich wird eine Regierung, deren Premier möchte, dass hier lebende Frauen wenigstens einen Teil der neu entstehenden Arbeitsplätze besetzen, kaum in die Richtung gehen, sie dafür zu belohnen, wenn sie die neuen Arbeitsplätze PendlerInnen oder MigrantInnen überlassen.

Was nun die Vereinbarkeit von Beruf und Familie von nicht "besserverdienenden" Familien betrifft, so besteht hier sicherlich Handlungsbedarf. Ein Hindernis für flexible und zeitlich begrenzte Teilzeitmodelle ist natürlich die konservative Einstellung vieler privater und öffentlicher Arbeitgeber. Doch wird langfristig kein Weg an Modellen vorbei führen, die sich am Elternurlaub inspirieren und bis zur Einschulung der Kinder flexible, staatlich geförderte Teilzeitarbeitsmodelle anbieten - unter der Voraussetzung, dass beide Partner sie nutzen müssen und können.

Mit dem fortschrittlichen schwedischen Familienmodell befasst sich die Fotoausstellung "Chers enfants - des hommes, des enfants et de l'égalité des chances en Suède", die im Cercle Municipal in Luxemburg stattfindet. Siehe auch die "expo-notiz", S. 24.